

Informationen zu Genderthemen

zusammengestellt von Susanne Käßler

im März 2018

1. Veranstaltungen

2. Publikationen

3. Informationen

1. Veranstaltungen

“...na, schon aufgeklärt?” Sexualpädagogik als vielfältiges Thema in der Mädchen*arbeit
Sexualpädagogische Mädchen*arbeit hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland etabliert, aber die Praktiker*innen werden immer wieder mit vielfältigen Fragen und Themen konfrontiert. Unerlässlich ist es, Mädchen* Räume zu eröffnen, an denen ihre Fragen Platz finden und diskutiert werden, ihre Neugier befriedigt wird und im Dialog mit gleichaltrigen Mädchen* Erfahrungen ausgetauscht werden können. Unter dem Aspekt einer wachsenden kulturellen Vielfalt, gewinnt auch der Bereich der interkulturellen Sexualpädagogik zunehmend an Relevanz. Die Fachtagung am 10. April 2018 in der Jugendherberge Magdeburg möchte mit unterschiedlichen Fachimpulsen und Workshops einen Beitrag leisten, sexualpädagogische Mädchen*arbeit wieder mehr in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken und Fachfrauen* motivieren, sexualpädagogische Angebote für Mädchen* im eigenen Arbeitsfeld zu entwickeln und vorzuhalten. http://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/downloads/ft_april.pdf

Fachtag: Politische Bildungsarbeit trifft junge Wähler*innen

Ziel des Fachtags am 10. April 2018 in der evangelischen Akademie in Frankfurt wird es sein, verschiedene Blickwinkel sowohl auf die Zielgruppe „junge Wähler*innen“ als auch auf die Herausforderungen der politischen Bildungsarbeit zu werfen. Gemeinsam mit Expert*innen und Multiplikator*innen dieses Arbeitsfeldes stellen wir uns die Frage, wie politische Bildungsarbeit 2018 gestaltet sein muss. Dabei werden sowohl feministische als auch integrative und digitale Aspekte thematisiert: Wie sieht das Wahlverhalten junger Wähler*innen aus und wie verändern demografischer Wandel und Digitalisierung die Demokratie? Welche Chancen und Grenzen birgt die politische Bildungsarbeit im Netz? Was sind feministische Forderungen an eine aktuelle politische Bildungsarbeit? Und wie sehen Möglichkeiten der politischen Teilhabe junger Migrant*innen aus? <https://eva-frauenzentrum.de/eva-events/fachtag-politische-bildungsarbeit-trifft-junge-waehlerinnen/>

Seminar: Psychologische Selbstbehauptung für Frauen

Erfahrungsgemäß ist Selbstbehauptung eine Grundvoraussetzung, um sich vor jeder Art unfairen Angriffen bis hin zu sexuellen Übergriffen zu schützen. Das Seminar am 14. und 15.05.2018 in Frankfurt am Main richtet sich an Frauen, die selbstbewusst auftreten möchten als auch an Frauen in Führungspositionen, die aus einer natürlichen Autorität heraus mit ihren Teams kommunizieren möchten. Die psychologische Selbstbehauptung wird in Rollenspielen, Übungen und anhand von Beispielen alltäglich stattfindender Konfliktsituationen trainiert.

<http://www.i-p-bm.com/unserethemen/sonderthemen/psychologische-selbstbehauptung-fuer-frauen.html>

Tagung: Verstrickte Verhältnisse - Mädchen*arbeit in komplexen Zeiten

Die Tagung ist eine Kooperation der LAG Mädchenpolitik mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und findet am 2. und 3. Mai in Bad Urach in Baden-Württemberg statt. Ziel der Tagung ist es, aktuelle Diskurse sichtbar zu machen, die das Arbeitsfeld Mädchenarbeit momentan berühren: Welche Diskurse wirken sich wie auf die Praxis der Mädchenarbeit aus? Wie lässt sich ihre Komplexität entwirren? Zum zweiten geht es um die Reflexion darüber, wie wir als Akteurinnen der Mädchenarbeit selbst verstrickt sind. Ein drittes Ziel ist der Blick auf die Mädchen und die pädagogische und politische Bildungsarbeit mit ihnen. http://www.lag-maedchenpolitik-bw.de/lag/wGlobal/content/contentPortal/Programm_Verstrickte-Verhaeltnisse_LAG-Maedchenpolitik_2.-3.5.2018.pdf

Zertifikatskurs "Jungenarbeit" in Niedersachsen

In einer Kooperationsveranstaltung des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie-Landesjugendamt, der LAG JuNi und mannigfaltig e. V. findet ab Herbst 2018 ein Zertifikatskurs zur Jungenarbeit statt.

Der Kurs umfasst fünf Module á 2-3 Tage und endet 2019. Zentrale Inhalte des Kurses sind:

- Grundlagen von Jungenarbeit und geschlechterbezogener Pädagogik mit Jungen und männlichen Jugendlichen
- Vielfalt in der geschlechtshomogenen Arbeit
- Intersektionelle Analyse und transkulturelle Gestaltung
- Sexualpädagogik mit Jungen
- Medien in der Jungenarbeit
- Auswertung von Praxisprojekten der Teilnehmenden

<https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/wp-content/uploads/2018/03/Falter-Zertifikatskurs.pdf>

2. Publikationen

Pressemeldung der BAG EJSA: Mit Offenheit und Neugier begegnen- "Gelingendes pädagogisches Handeln mit Jungen* und jungen Männern* mit Fluchterfahrungen"

Migration, Flucht und geflüchtete Menschen sind schon immer eine Tatsache, mit der Gesellschaft, Politik und Pädagogik gemeinsam umgehen müssen. Fachkräfte in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung stehen vor der Herausforderung, die Bedürfnislagen und die Perspektiven von jungen Geflüchteten und der sie aufnehmenden Gesellschaft gelingend zusammen zu bringen. Gerade jungen Männern mit Fluchterfahrung wird in der Öffentlichkeit eine besondere, häufig nicht sehr positive, Aufmerksamkeit zu Teil. Dies fordert einen differenzierten und professionellen Umgang.

Um die Fachkräfte in ihrer Arbeit zu unterstützen und einen fachlichen Diskurs zu befördern, hatten die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, die Bundesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit, die Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen, das Paritätische Jugendwerk Baden-Württemberg, die Evangelische Akademie Meißen und das Männernetzwerk Dresden die Tagung: "Gelingendes pädagogisches Handeln mit Jungen* und jungen Männern* mit Fluchterfahrungen" organisiert und begleitend eine Pressemeldung versandt.

Ziel der mit rund 80 Expert*innen und Fachkräften aus dem gesamten Bundesgebiet gut besuchten Veranstaltung war es, gemeinsam Ideen für konstruktives pädagogisches Handeln zu entwickeln, ohne Problemanzeigen aus dem Weg zu gehen, aber auch frei von vorgefertigten Bildern.

http://www.bagejsa.de/versteckte-seiten/aktuelle-meldungen/meldung/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=983&cHash=f7d475b935d28870b8623b234da21f6f

Aktuelle Informationen des Förderprogramms IQ zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen

Der 8. März wurde zum Anlass genommen, um aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zum Thema Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und geflüchteten Frauen vorzustellen:

Das Fachmagazin IQ konkret 3/2017 mit dem Titel Frauen und Migration betrachtet die Themen Migration, Flucht und Arbeitsmarktintegration aus der Perspektive von und mit Blick auf Frauen. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis erläutern weitere Hintergründe.

<http://www.berlin.netzwerk-iq.de/meldungen/iq-konkret-fachmagazin-frauen-migration-flucht-arbeitsmarktintegration/>

Das IQ Fact Sheet Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen liefert auf zwei Seiten einen klaren und gut strukturierten Überblick aktueller relevanter Zahlen zur Zuwanderung geflüchteter Frauen. https://www.netzwerk-iq.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/IQ_Publikationen/Fact_Sheets/IQ_FactSheet_Migrantinnen.pdf

Die Veröffentlichung Spezifische Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration geflüchteter Frauen, aus der von der IQ Fachstelle Einwanderung erstellten Publikationsreihe „Profile der Neueinwanderung (2017)“, beleuchtet Bedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe geflüchteter Frauen am Arbeitsmarkt. <https://www.netzwerk-iq.de/presse/news/meldung/iq-fachstelle-einwanderung-profile-der-neueinwanderung-2017-spezifische-herausforderungen-der-arb.html>

Broschüre: Wie kann man Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten erfassen?

In Deutschland gilt das "Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz", das Menschen vor Diskriminierungen schützen soll. Doch wie können Benachteiligungen gemessen werden? Wie sinnvoll ist die Kategorie "Migrationshintergrund"? Und wie kann die Erhebung von Daten zur Gleichstellung und "interkulturellen Öffnung" beitragen? Dazu hat die Organisation "Citizens for Europe" im Rahmen ihres Projekts "Vielfalt entscheidet" die Broschüre "Wer nicht gezählt wird, zählt nicht" veröffentlicht. In der Publikation werden Konzepte wie "Intersektionalität" erklärt und Gründe diskutiert, weshalb die Erhebung von Gleichstellungsdaten wichtig ist.

<https://vielfaltentscheidet.de/gleichstellungsdaten-eine-einfuehrung/?back=87>

Videos des Gendermagazins MeinTestgelände: Poetry Slam

Die Videos über einen Poetry Slam-Beitrag können sehr vielfältig in der Arbeit mit Jugendlichen genutzt werden:

Fee: Was mit Rosa geschah

Der Text widerspricht eigentlich den Regeln eines klassischen Slambeitrages, da hier ein neues Thema, das der Transition eingebracht wird, dazu noch die Frage der eigenen Schuldvorwürfe im Mittelpunkt stehen. <http://www.meintestgelaende.de/2015/08/was-mit-rosa-geschah/>

Fee: Müllschlucke

Über die Rolle der „guten Freundin“, für deren Themen kein Platz bleibt. <http://www.meintestgelaende.de/2017/12/muellschlucke>

Fee: Ich blute!

Ein Poetry-Text über die Periode, die Menstruation, die Tage. <http://www.meintestgelaende.de/2017/07/ich-blute/>

Mare: Fa/en/Aufstehen

Mares bewegender Slam handelt von Beistand und Hilflosigkeit, vom Anfang und vom Ende einer Freundschaft im Ausnahmezustand. „Stell dir vor, du lernst jemanden kennen. Stell dir vor, die Person ist trans*. Stell dir vor, du wirst Zeug*in von ihrem alltäglichen Kampf. Aber du kannst nicht helfen.“ <http://www.meintestgelaende.de/2Q16/08/poetry-slam-fallen-aufstehen/>

Dominik: Schönheit und Schönheitsideale

In diesem Beitrag von Dominik zeigt sich ein Mann mit einem Slam-Beitrag zum Thema „Schönheit und Schönheitsideale“.

<http://www.meintestgelaende.de/2017/03/schoenheitsideale/>

Leticia Wahl: Liebesgedicht an mein Herz

Liebe sei eine Kunst, sagt Erich Fromm, und um eine andere Person zu lieben, müssten wir zunächst uns selbst lieben lernen. Das klappt oft nur bedingt, doch die Poetry Slammerin Leticia Wahl hat es versucht und ein Liebesgedicht an ihr eigenes Herz geschrieben.

<http://www.meintestgelaende.de/2017/09/liebesgedicht-an-mein-herz/>

Newsletter des Gendermagazins meinTestgelände

Zum Gendermagazin meinTestgelände gibt es jetzt auch einen Newsletter. Das Projekt meinTestgelände wird gemeinsam von der BAG Mädchenpolitik und der BAG Jungenarbeit getragen. Die aktuelle Ausgabe des Newsletters befasst sich mit dem Thema „Mädchen und Feminismus“. In ihm werden drei Beiträge von Mädchen/jungen Frauen vorgestellt und mit konkreten methodischen Hinweisen verbunden, wie mit diesen Beiträgen mit Mädchen*/Jungen*/Jugendlichen aller Geschlechter gearbeitet werden kann.

<https://www.maedchenpolitik.de/files/Dateien/Aktuelles/Newsletter%201-2018%20Maedchen%20und%20Feminismus.pdf>

Erläuterung: Nein heißt Nein! Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht

Seit Ende 2016 existiert bundesweit ein neues Sexualstrafrecht, in dem eine erhebliche Verbesserung für den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung festgeschrieben ist.

Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, Frauen gegen Gewalt e.V. (bff) hat eine Erläuterung der veränderten Paragraphen veröffentlicht. <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/vergewaltigung-verurteilen.html>

Pressemitteilung der Diakonie Deutschland: Schutz für alle Frauen vor Gewalt gewährleisten – Zum Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland

Nach über drei Jahren trat am 01. Februar 2018 die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Deutschland in Kraft. Damit verpflichtet sich Deutschland zu umfassenden Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter. "Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Darauf hat jede Frau einen Anspruch, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsort, Aufenthaltsstatus, gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen".

Fakt ist jedoch, dass in Deutschland nach wie vor nicht ausreichend Hilfsangebote für betroffene Frauen und ihre Kinder zur Verfügung stehen.

Die Diakonie forderte deshalb in einer Pressemitteilung vom 01.02.2017 ein Bundesgesetz mit einem Rechtsanspruch für alle Frauen und ihre Kinder auf Schutz und Hilfe bei Gewalt sowie eine vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention.

<https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/schutz-fuer-alle-frauen-vor-gewalt-gewaehrleisten-istanbul-konvention-muss-vorbehaltlos-umgesetzt/>

Pressemitteilung: Frauenhauskoordinierung Istanbul-Konvention ohne Vorbehalte umsetzen

Zum Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland fordert Frauenhauskoordinierung (FHK), für alle Frauen in der Bundesrepublik den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten. Dies müsse auch für Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und für geflüchtete Frauen gelten, betonte FHK-Vorstandsvorsitzende Sarah Clasen.

Deutschland hat das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt am 12. Oktober 2017 ratifiziert – jedoch mit Vorbehalten gegen den Artikel 59. Damit werde der Gewaltschutz deutlich geschwächt, kritisiert die bundesweit aktive Frauenhauskoordinierung. Der Schutz vor Gewalt ist ein unteilbares Menschenrecht. Es muss allen Frauen in Deutschland zustehen, unabhängig davon, ob sie hier geboren oder zugewandert sind, ob sie eine Behinderung haben oder nicht, ob sie arm oder reich sind, auf dem Land oder in Städten leben.

<http://www.frauenhauskoordinierung.de/aktuelles/view/artikel/istanbul-konvention-tritt-in-deutschland-am-1-februar-in-kraft.html>

Interview mit Heike Herold zum Inkrafttreten der Istanbul-Konvention

„Schön wär's: ...der Täter wird von Polizei und Justiz verfolgt und das Opfer bekommt schnell kompetente Hilfe". Mit dieser Anmerkung des Journalisten Stefan Eich beginnt der Bericht des SWR Aktuell zum Inkrafttreten der Istanbul-Konvention gestern früh. Heike Herold, Geschäftsführerin Frauenhauskoordination, legte im Gespräch die Situation gewaltbetroffener Frauen und dem notwendigen Veränderungsbedarf in Deutschland dar.

<http://www.cora-mv.de/aktuelles/newsdetails/meldung/endlich-istanbul-konvention-tritt-in-kraft.html>

Stellungnahme des Juristinnenbunds (djb): Forderung nach einem Aktionsplan von Bund und Ländern zur wirksamen Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Trotz der existierenden Regelungen und Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt besteht in Deutschland noch erheblicher Handlungsbedarf zur vollständigen Umsetzung der Vorgaben des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention*). Der djb zeigt in seiner veröffentlichten Stellungnahme die bestehenden Umsetzungsdefizite sowie zentrale Handlungsverpflichtungen auf. Fast sieben Jahre nach der Verabschiedung der Istanbul-Konvention durch die Staaten des Europarats wird es höchste Zeit, dass Bund, Länder und Kommunen in Deutschland gemeinsam sicherstellen, dass alle Frauen in Deutschland sicher und frei von Gewalt leben können.

<http://www.zwd.info/ein-meilenstein-im-kampf-gegen-geschlechtsspezifischer-gewalt.html>

Publikation: Deutsches Institut für Menschenrechte - Die Istanbul-Konvention. Neue Impulse für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

Anlässlich des Inkrafttretens der Istanbul-Konvention wurde vom Deutschen Institut für Menschenrechte eine neue Publikation erstellt: Die Istanbul-Konvention. Neue Impulse für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt.

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/die-istanbul-konvention/>

Pressemeldung des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Das Inkrafttreten der Istanbul-Konvention wirft für viele Akteure, die in den nächsten Jahren mit der Umsetzung der Konvention befasst sein werden, Fragen auf. Was ergibt sich aus dem Wortlaut der Konvention? Welche staatlichen und nicht staatlichen Stellen sind für ihre Umsetzung zuständig? In welchen Bereichen und für welche Gruppen besteht in Deutschland Handlungsbedarf? Die vorliegende Analyse knüpft an diese aktuellen Diskussionen an und möchte mit der Publikation den Umsetzungsprozess der Istanbul-Konvention in Deutschland weiterbefördern.

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/pressemitteilung-istanbul-konvention-geschlechtsspezifische-gewalt-wirksam-bekaempfen/>

Aufforderung: Schutz vor Gewalt für alle Frauen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Zum Inkrafttreten der Istanbul-Konvention für Deutschland am 1. Februar haben der KOK - Koordinierungskreis gegen Menschenhandel und der Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) die Bundesregierung aufgefordert, ihre Vorbehalte zurückzunehmen. Schutz vor Gewalt müsse allen Frauen zukommen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Konkret sei es „notwendig, die dreijährige Ehebestandszeit bis zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltstitels aufzuheben“.

<http://www.damigra.de/mitteilungen/schutz-vor-gewalt-fuer-alle-frauen-unabhaengig-vom-aufenthaltsstatus/>

Forderung von Terre des Femme zum neuen Gesetz gegen Kinderehen

Das neue Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen ist nach Einschätzung von Terre des Femme „bisher viel zu wenig bekannt“. Die Frauenrechtsorganisation fordert deshalb, „dass verheiratete Minderjährige, wie es das neue Gesetz vorschreibt, vom Jugendamt zunächst in Obhut

genommen werden, um eine Kindeswohlgefährdung auszuschließen“. Auch müssten zeitnah weitere Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Dafür müsse „das neue Gesetz erst einmal bei den zuständigen Stellen ankommen“; hier gebe es „dringenden Handlungsbedarf“.
<https://www.frauenrechte.de/online/index.php/presse/aktuelle-pressemitteilungen/2688-gedenkveranstaltung-zum-13-todestag-von-hatun-sueruecue-terre-des-femmes-fordert-dringend-das-neue-gesetz-zur-bekaempfung-von-kinderehen-muss-bekannter-gemacht-werden>

Broschüre über Rechte für Frauen bei häuslicher Gewalt

„Rechte für Alle Frauen“ - die Broschüre der Beratungsstellen für Migrantinnen bei Häuslicher Gewalt, Stalking & Zwangsheirat SUANA hargah e.V.

http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/frauenrechte/Frauenrechte_Brosch_Deutsch.pdf

Erläuterung: „Fragen an der Schnittstelle Gewaltschutz und Flucht“ nun auch auf Englisch

Die von FHK (Frauenhauskoordinierung) und bff (Frauen gegen Gewalt e.V.) erstellten Frequently Asked Questions (FAQs) „Häufig gestellte Fragen an der Schnittstelle Gewaltschutz und Flucht“ liegen nun auch in der englischen Version des FAQ-Papiers vor.

Deutsch: <http://www.frauenhauskoordinierung.de/gewalt-an-frauen/gewaltschutz-und-flucht/faq.html>

Englisch: <http://www.frauenhauskoordinierung.de/gewalt-an-frauen/gewaltschutz-und-flucht/faq-en.html>

Englische Version der "Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften"

Die Publikation mit dem Titel "Minimum Standards for the Protection of Refugees and Migrants in Refugee Accommodation Centres" steht nun als PDF-Datei zur Verfügung: http://www.frauenhauskoordinierung.de/uploads/media/Minimum_Protection_Standards_2017.pdf

Sammelband: Antifeminismus in Bewegung

Der Sammelband, herausgegeben von Juliane Lang und Ulrich Peters, befasst sich mit aktuellen Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Die im Band versammelten Beiträge geben einen systematischen Einblick in die unterschiedlichen Strömungen und die sie tragenden Organisationen. In Anbetracht der Fülle antifeministischer Akteur*innen, Positionen und Aktionen, werden zentrale Themenfelder und Strategien benannt und kontextualisiert sowie Diskurse und Öffentlichkeitsfelder - in denen diese wirken - beleuchtet. Ziel ist es, die Tragweite des organisierten Antifeminismus zu illustrieren und einen Beitrag in der Diskussion um Gegenstrategien zu liefern.
<http://www.marta-press.de/cms/verlagsprogramm-sachbuch/hg-antifeminismusinbewegung>

Pressemitteilung: Nigerianische Frauen sind Opfer von Gewalt und Zwangsprostitution

Anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März macht der Frauenfachverband IN VIA auf die menschenverachtenden Lebensbedingungen von nigerianischen Mädchen und Frauen in Nigeria und auch in Deutschland aufmerksam und fordert sofortige Maßnahmen. Um sie als Zwangsprostituierte zu missbrauchen, werden die Mädchen und Frauen mit falschen Versprechungen nach Deutschland oder in andere europäische Länder gelockt. Laut des Lageberichts des Bundeskriminalamts 2016 agieren die Menschenhändler/-innen europaweit. Mittlerweile ist Nigeria außerhalb der EU eines der wichtigsten Herkunftsländer. Allein für Italien beziffern die UN die Zahl der Zwangsprostituierten aus Nigeria auf 10.000.

<http://www.invia-deutschland.de/presse/presse/nigerianische-frauen-sind-opfer-von-gewa>

Wissensnetz zu gleichgeschlechtlicher Lebensweise und geschlechtlicher Vielfalt

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird dieses Jahr das Online-Informationsportal www.lsbti-wissen.de veröffentlichen. Das „Wissensnetz zu gleichgeschlechtlicher Lebensweise und geschlechtlicher Vielfalt“ behandelt grundlegende Themen zur Lebenssituation von LSBTIQ* sowie Fragen zu Bildung, Gesundheit und Recht.

Die Webseite bietet mit zwei Datenbanken auch einen Überblick über bereits vorhandene Materialien und Anlaufstellen im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Die Seite wendet sich an LSBTIQ* selbst, deren Angehörige, die allgemeine Öffentlichkeit sowie Fachkräfte (z B. Lehrkräfte, Mitarbeiterinnen von Behörden, medizinisches und pflegendes Personal).

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichgeschlechtliche-lebensweisen-geschlechtsidentitaet>

Sachsen-anhaltischer Medienkoffer "Geschlechtervielfalt"

Vom 1. April 2018 an gibt es für Kindertagesstätten und Grundschulen in Sachsen-Anhalt die Möglichkeit, sich kostenfrei einen Medienkoffer zu den Themenfeldern Geschlechtervielfalt und Rollenbilder auszuleihen.

In den für die Kindertagesstätte und die Grundschule unterschiedlich bestückten Medienkoffern sind Kinderbücher, Spiele, Filme, Fachbücher und eine Handreichung mit Methodentipps enthalten. Fachkräfte und Eltern können durch diese Materialien Unterstützung finden, um auf kindgerechte Weise dazu beizutragen, dass Kinder ein positives Weltbild fernab von geschlechterstereotypen Zuschreibungen entwickeln. http://www.queer.de/detail.php?article_id=30776

MedGuide Schwangerschaft & Geburtshilfe auf Deutsch, Arabisch, Farsi.

Der medizinische Sprachführer erleichtert die Kommunikation zwischen fremdsprachigen Menschen und Arzt. Mit diesem Sprachführer kann ohne Dolmetscher*in eine Anamnese erstellt werden, ein klinischer Befund erhoben und dem/ der Patient*in bestimmte Behandlungsschritte erläutert werden. Anleitungen sind mit aussagekräftigen Illustrationen gerade „für nicht-lesende Patient*innen“ geeignet. <https://www.edition-willkommen.de/>

Positionierung: Diakonie setzt sich für Armutsprävention für Frauen ein

"Wir gehen von mehr als 100.000 wohnungslosen Frauen aus. Sie leben zwar selten auf der Straße, haben aber keinen eigenen und dauerhaften Wohnsitz. Dadurch geraten sie schnell in sehr prekäre und oft krankmachende Verhältnisse, in eine Mischung aus Armut, Abhängigkeit und Unsicherheit", sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. Zudem sei die Dunkelziffer sehr hoch, denn Frauen versuchten lange Zeit, ihre Not zu vertuschen und lebten in "verdeckter Wohnungslosigkeit".

"Die Zahl der Frauen, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im Mindesten ausreichen, um Armut und Wohnungslosigkeit zu verhindern, wird zunehmend größer. Besonders betroffen sind alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern. Die Politik muss dringend die sozialen Leistungen auf ein existenzsicherndes Niveau heben und für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen - gerade in den Großstädten. Zugleich müssen frauengerechte Hilfeangebote und Präventionsmaßnahmen verlässlich ausgebaut werden, damit wohnungslose Frauen in Obdachlosenunterkünften oder auf der Straße nicht länger Opfer von Gewalt sind", fordert Loheide. Mehr zu Frauen ohne Wohnung finden Sie unter

<https://www.diakonie.de/journal/hohe-dunkelziffer-frauen-ohne-wohnung/>

Frauenpolitik im Koalitionsvertrag

Der in Berlin am 7. Februar 2018 vereinbarte Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD steht unter dem Motto „Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ und umfasst insgesamt 178 Seiten. Das Kapitel III „Familien und Kinder im Mittelpunkt“ befasst sich in Abschnitt 1 mit Familien, in Abschnitt 3 mit „Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ und in Abschnitt 4 mit „Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern“.

Die einzelnen vereinbarten Maßnahmen der Koalitionspartner*innen sind zu finden unter:

<https://www.gruene.de/programm-2017/a-bis-z/wir-schaffen-endlich-gleichberechtigung-und-lohngleichheit.html>

Katholische Frauen befinden den Koalitionsvertrag "frauenpolitisch gut, aber mit Lücken"

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), nach eigenen Angaben mit rd. 500.000 Mitgliedern der größte katholische Verband, hat es begrüßt, „dass der Koalitionsvertrag in Sachen Gleichstellungspolitik hält, was im Sondierungspapier vorbereitet war“. Das „Recht auf befristete Teilzeit“ sei ein „echter Meilenstein“, und die Anerkennung der Erziehungsleistungen von Müttern, die 3 und mehr Kinder vor 1992 geboren haben bei der Mütterrente bedeute „ein wichtiges Signal“, das allerdings wegen dieser Einschränkung „neue Gerechtigkeitslücken“ schaffe, so die kfd- Bundesvorsitzende Mechthild Heil in Düsseldorf.

Die Stellungnahme der kfd enthält auch kritische Positionen, insbesondere diese: „Zur Unterstützung pflegender Angehöriger fehlt eine Aussage zur besseren Berücksichtigung der häuslichen Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung.“ <https://www.kfd-bundesverband.de/artikel/koalitionsvertrag-statement-kfd.html?cHash=1fc5f745b4cbca26dccb1aca21fb8b07&type=97>

Die Koalitionsvereinbarungen bleiben „hinter den Erwartungen der Diakonie zurück“

Die zwischen Union und SPD getroffenen Vereinbarungen zur Bildung einer Großen Koalition „gehen in die richtige Richtung, bleiben allerdings in vielen Punkten weit hinter unseren Erwartungen zurück“, erklärte der Präsident der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, in Berlin. Vor allem in der Familienpolitik und beim Thema Pflege vermisste die Diakonie „den Mut zu strukturellen Veränderungen“. Lilie wörtlich: „Kein Feuer wurde wirklich gelöscht, die Milliarden werden wieder nach dem Gießkannenprinzip verteilt.“ Enttäuscht sei die Diakonie auch von den Vereinbarungen in der Flüchtlingspolitik. „Die Beschränkung beim Familiennachzug auf 1.000 Personen im Monat ist kleinherzig“, sagte er.

<https://www.diakonie.de/pressemitteilungen/koalitionsvereinbarungen-bleiben-hinter-den-erwartungen-der-diakonie-zurueck/>

Forderung: Abschaffung des Straftatbestandes „Werbung für den Schwangerschaftsabbruch“

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) und der Deutsche Ärztinnenbund e.V. (DÄB) fordern angesichts vermehrter Strafanzeigen gegen Ärzt_innen wegen des Vorwurfs der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch (§ 219a StGB) die Abschaffung dieses Paragraphen im Strafgesetzbuch (StGB).

<https://www.djb.de/verein/Kom-u-AS/K3/pm18-09/>

Digitaler Gleichstellungsatlas

Der digitale Gleichstellungsatlas liefert einen umfassenden Überblick über die regionalen Unterschiede bei der Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland. Anhand von 38 Indikatoren zeigt er auf, wie hoch der Anteil von Frauen an Führungspositionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ist, welche geschlechtsspezifischen Unterschiede es bei Bildung und Berufswahl gibt oder wie sich Männer und Frauen Erwerbs- und Sorgearbeit aufteilen.

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gleichstellungsatlas>

3. Informationen

DaMigra-Projekt – Für mehr Respekt. Für mehr Offenheit. Für mehr Vielfalt.

DaMigra startet in das Jahr 2018 mit einem neuen Projekt zur Förderung der politischen Teilhabe von Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte. Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte sind von einer eingeschränkten Teilhabe an Entscheidungsprozessen betroffen, was ihr Vertrauen in das vorherrschende politische System schwächen kann. DaMigra möchte mit dem Projekt „Demokratie Leben“ Frauen* und jungen Mädchen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte – mit unseren über 70 Mitgliedsorganisationen bundesweit – ansprechen, begleiten und empoweren. Das ultimative Ziel des Projektes „Demokratie Leben“ ist, dass die Teilnehmerinnen* als Multiplikatorinnen* fungieren, um andere Frauen* zur demokratischen Teilhabe zu motivieren.

www.damigra.de/mut-projekt/ueber-das-projekt/

Equal Pay Day: Eine Frage der Gerechtigkeit

Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 21 Prozent weniger als Männer. Daran erinnert jedes Jahr aufs Neue der Equal Pay Day. Derzeit liegt sie bei 21 Prozent – errechnet wird diese Zahl jährlich vom Statistischen Bundesamt. Verglichen wird dabei immer der Durchschnitts-Bruttostundenlohn von Männern und Frauen. Die Lücke in den Netto-Gehältern ist noch größer, da Frauen häufiger die ungünstigere Steuerklasse haben. Um das Einkommen zu erzielen, das Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres hatten, müssen Frauen bis zum sogenannten Equal Pay Day des Folgejahres arbeiten. In diesem Jahr war das der 18. März. Bundesweit fanden Veranstaltungen statt, die auf die Ursachen der Lohnlücke hinweisen.

Die Ursachen für die Lohnlücke sind bekannt: Frauen erlernen Berufe, die schlechter bezahlt sind, arbeiten seltener in Führungspositionen und häufiger in Teilzeit oder in Minijobs. Doch selbst wenn man diese Faktoren herausrechnet und sich Frauen und Männer anschaut, die in der gleichen Branche und gleichen Position gleich viel arbeiten, ergibt sich immer noch eine nicht zu erklärende Lohnlücke von sechs Prozent. https://www.jugendhilfeportal.de/fokus/gender/artikel/equal-pay-day-eine-frage-der-gerechtigkeit/?utm_campaign=&utm_medium=E-Mail&utm_source=Newsletter

Dr. Franziska Giffey ist neue Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Am 14. März hat Dr. Franziska Giffey ihren Amtseid als neue Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag abgelegt. Dr. Franziska Giffey folgt auf Dr. Katarina Barley, Die SPD-Politikerin Dr. Franziska Giffey war zuletzt Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln. Von 2010 bis 2015 war sie in Neukölln als Stadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport tätig. Davor arbeitete sie acht Jahre lang als Europabeauftragte des Bezirks. Neben einem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirtin erwarb Franziska Giffey einen Master of Arts für Europäisches Verwaltungsmanagement und legte 2009 ihre Promotion im Bereich Politikwissenschaft ab. https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/dr-franziska-giffey-ist-neue-bundesministerin-fuer-familie-senioren-frauen-und-jugend/?utm_campaign=&utm_medium=E-Mail&utm_source=Newsletter

Abgeordnete wollen den Kampf um Frauenrechte fortsetzen

Am Donnerstag den 1. März 2018 fand die Debatte des Bundestags zum Internationalen Weltfrauentag am 8. März statt. Zur Erreichung des Zieles Gleichberechtigung gibt es noch viel zu tun; der Kampf um Frauenrechte muss fortgesetzt werden, so das Fazit nahezu aller Rednerinnen. Dabei wurde u.a. auf Handlungsbedarf bei bestehenden Gerechtigkeitslücken in Entgeltgleichheit, Rente, unbezahlte Sorgearbeit und Gewaltschutz hingewiesen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw09-de-internationaler-weltfrauentag/544472>

Fachkräfteaustausch Polen und Deutschland "Leben ohne Geschlechterrucksack"

26 Studierende und 9 Fachkräfte aus Polen und Deutschland verbrachten die Februarferien 2018 gemeinsam in Magdeburg. Im Mittelpunkt standen der Austausch über den Umgang mit Genderthemen in beiden Ländern, Gespräche mit Erzieherinnen in einer Kita, mit Senior*innen, mit Wissenschaftler*innen und Menschen auf der Straße und das gemeinsame Entwickeln von Ideen, die es Senior*innen ermöglichen soll, geschlechtersensibler mit Kindern und Jugendlichen umzugehen und die Öffentlichkeit für die Chancen eines Lebens ohne Geschlechterrucksack sensibilisieren soll.

<https://www.geschlechtergerechtejugendhilfe.de/wp-content/uploads/2017/12/Polen.pdf>

E-paper – Heinrich-Böll-Stiftung – Gegen Gewalt im Netz rechtlich vorgehen

Das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung veröffentlicht ein E-Paper zu den rechtlichen Möglichkeiten, digitaler Gewalt zu begegnen.

Im deutschen Rechtssystem kann der oder die Einzelne nur eigene Rechte einklagen. Doch gerade wenn es um strukturelle Rechtsverletzungen geht, wie es zum Beispiel bei digitaler Gewalt meist der Fall ist, wäre eine kollektive Rechtsmobilisierung hilfreich. Betroffene können sich zusammenschließen oder mit Unterstützung eines Beistands klagen, oder ein Verband könnte an ihrer Stelle den Rechtsstreit führen.

https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/e-paper_43_kollektive_rechtsmobi.pdf

One Billion Rising

Am 14. Februar fanden die jährlichen und weltweiten Aktionen zu One Billion Rising statt. An diesem Tag waren Menschen dazu eingeladen, raus zu gehen, zu tanzen und sich zu erheben, um das Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu fordern. Der Welt wurden die kollektive Stärke und die globale Solidarität über alle Grenzen hinweg gezeigt. One Billion Rising ist ein Symbol weltweiter Frauensolidarität. 180 Orte und ca. 60.000 Menschen haben 2018 allein in Deutschland an One Billion Rising teilgenommen, in manchen Städten gar mehrfach auf vielen Plätzen, von verschiedenen Organisationen oder sogar an mehreren Tagen. Es waren 20 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. <http://www.onebillionrising.de/>

Fünf Jahre Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" - eine Bilanz

Am 6. März 2018 wurde das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ fünf Jahre alt. Über 143.000 mal haben sich zwischen März 2013 und Ende 2017 Ratsuchende an das Hilfetelefon gewandt: Frauen, die von Gewalt betroffen sind, Personen aus dem sozialen Umfeld Betroffener, Fachkräfte, die Informationen benötigen.

Seit März 2013 sind qualifizierte Beraterinnen an 24 Stunden und 365 Tagen im Jahr unter der Rufnummer 08000 116 016 und über die Webseite www.hilfetelefon.de erreichbar – kostenlos, vertraulich und zu allen Formen von Gewalt. Am häufigsten wurde in den vergangenen fünf Jahren zu Fällen häuslicher Gewalt/ Gewalt in Partnerschaften und sexualisierter Gewalt beraten. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/fuenf-jahre-hilfetelefon--gewalt-gegen-frauen---eine-bilanz/122284>

Teilnehmer*innen gesucht für eine Filmreihe zum Thema sexualisierte Gewalt

Jedes dritte Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren hat Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt gemacht. Das Scham- und Schuldgefühl ist allerdings so groß, dass kaum darüber gesprochen wird und somit auch Hilfen nicht in Anspruch genommen werden.

Daher ist ein Ziel der Filmreihe, ein Sprachrohr für Mädchen und junge Frauen zu schaffen, um ihrem Erlebten und ihrer Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt Raum zu geben. Die Filme werden anschließend zur Aufklärungs- und Präventionsarbeit genutzt.

Wenngleich auch Jungen und Männer von sexualisierter Gewalt als Opfer betroffen sind, fokussiert sich dieses Filmprojekt thematisch auf Mädchen und junge Frauen und versucht hierbei kämpferisch-progressiv vorzugehen und Frauen nicht in einer Opferrolle festzuschreiben.

<https://www.jugendhilfeportal.de/jugendschutz/artikel/teilnehmende-gesucht-filmreihe-zum-thema-sexualisierte-gewalt/>

Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE zu Modellprojekten für Gewaltschutz

Die Bundesregierung hat auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 29. Januar 2018 bezüglich des Modellprojekts „Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz von Frauen vor Gewalt und vor häuslicher Gewalt“ geantwortet.

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/007/1900752.pdf>

Projekt „Taka – Niroo der Werkstatt PARITÄT und des Paritätischen Baden-Württemberg

Das von der Baden-Württemberg Stiftung geförderte Projekt dient der Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Frauen und Mädchen und der Stärkung ihres Schutzes vor Gewalt und geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

Mit dieser Ausschreibung werden 15 Projektstandorte in Baden-Württemberg gesucht, welche die Bestärkungsprogramme entwickeln und durchführen. Begleitend zu der Arbeit mit den Frauen und Mädchen richtet sich das Projekt zudem auch an Männer mit Fluchthintergrund sowie an Haupt- und Ehrenamtliche in der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten. Für die Durchführung der Bestärkungsprogramme können sich spezialisierte Einrichtungen aus den Bereichen Mädchenarbeit und Gewaltschutz für Frauen zusammen mit einer/ einem Kooperationspartner*in für die Arbeit mit Männern im Rahmen einer Ausschreibung bis zum 30. April 2018 bewerben. <https://paritaet-bw.de/fachinformationen/frauen/takaa-niroo-bestaerkungsprogramme-fuer-gefluechtete-frauen-und-maedchen.html>

Pilotprojekt erleichtert Teilzeitausbildung

Bayern will junge Menschen dabei unterstützen, auch in Teilzeit eine Berufsausbildung zu absolvieren. In vier Modellprojekten erhalten 230 sozial benachteiligte junge Menschen diese Möglichkeit.

<http://jugendsozialarbeit.news/pilotprojekt-erleichtert-teilzeitausbildung/>

Girls' Day – Boys' Day

Am Donnerstag, dem 26. April 2018, ist es wieder soweit: Zahlreiche Unternehmen, Einrichtungen und Hochschulen öffnen ihre Türen für interessierte Schülerinnen und Schüler am bundesweiten Zukunftstag! Viele Jugendliche streichen leider noch immer Berufe aus ihrer Wunschliste, weil sie glauben, diese passten nicht zum eigenen Geschlecht.

Der Boys' Day-Jungen-Zukunftstag lädt Jungen deshalb dazu ein, pflegerische, soziale und erzieherische Berufe auszuprobieren. An diesem Tag kann der Alltag in einer Kindertagesstätte, im Krankenhaus oder Seniorenheim, einer Grundschule oder einem Schulhort entdeckt werden. Am Girls' Day-Mädchen-Zukunftstag haben Mädchen die Möglichkeit, praxisnah im Handwerk und in der Industrie sowie in Hochschulen und Forschungseinrichtungen technische und naturwissenschaftliche Berufe kennenzulernen oder Einblicke in die MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu gewinnen. <https://www.girls-day.de/>; <https://www.boys-day.de>

Podiumsdiskussion in Berlin: Welche Rolle spielen Frauenrechte in Religionsgemeinschaften?

Welche feministischen Positionen bieten Religionen? Wie können diese stärker betont werden? Und wie können sie zur Verständigung zwischen Christentum, Judentum und Islam beitragen? Darüber sprachen am 22. März Leah Carola Czollek, Juristin und Sozialpädagogin, Márcia Elisa Moser, Koordinatorin für "Diversity Policies" an der Goethe-Universität Frankfurt, und Saboura Naqshband, Antidiskriminierungs- und Empowerment-Trainerin, auf einer gemeinsamen Veranstaltung des "Maxim Gorki Theaters" und des "Missy Magazine" <http://gorki.de/de/missy-magazine-live/2018-03-22-2000>

Die Informationen zu Genderthemen der BAG EJSA erscheinen monatlich.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren BetreiberInnen verantwortlich.